

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der 21

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD.
in Dresden
Liste 1

Bestandteil des Reichsarchivs mit den in den Reichsarchiven
aufbewahrten Urkunden und Akten, die für den Reichsarchiv
am 1. 10. 1919. Einzelnummer 10 1/2.

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2501.
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlag: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2501 und 1277.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 24 mm breite Monatszeitung
30 Pf., die 90 mm breite Monatszeitung 1,50 Pf. für auswärtige
Abnehmer 5 Pf. und 2 Pf. für den Postzuschlag. Einzel- und
Abdrucke 4 Pf. Rabatt. Für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 256

Dresden, Dienstag den 2. November 1926

37. Jahrg.

Kampfanfrage der Unternehmer

Achtstundentag wäre „Unheil“

D. Berlin, 2. November. (Eig. Funkdruck.) Die Deutschen Arbeitgeberverbände im Reichsverband der deutschen Industrie, bis herunter zum Arbeitgeberverband der deutschen Versicherungsunternehmen und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben an die Reichsregierung folgende „dringende“ Bitte gerichtet, die nichts anderes bedeutet als eine neue Kampfanfrage der Unternehmerschaft gegen den von den Gewerkschaften aller Richtungen geforderten Achtstundentag. Die dringende Bitte lautet:

Die Spitzenorganisationen der Deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschliessung an die Öffentlichkeit gewendet, in dem zur Forderung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird.

Diesem bemerken wir, dass ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminde rung der Produktionsleistung und damit eine Preisverhöhung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müsste. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl aber in seinen weiteren Auswirkungen die aufs tiefste zu beklagende jetzige Arbeitslosigkeit sicher nur noch verstärken (weshalb ein Notgesetz). Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf geistlicher Grundlage im Einvernehmen mit den deutschen Arbeitnehmern so

gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Ueberwindung der aus dem Kriege, der Inflationszeit und den wirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heute leider vielfach zu optimistisch angelegene, unserer Ueberzeugung nach noch durchaus ernste und ungesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schweren Erschütterungen auszusetzen, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzgeberische Maßnahme unserer festen Ueberzeugung nach mit sich bringen würde. Wir wenden uns daher mit größtem Ernst warnend an die Reichsregierung wie auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volk drohende Unheil abzuwehren.

Die Antwort auf diese unerhört Forderung der Unternehmerschaft dürfte nicht ausbleiben. Das Erfreuliche an der Situation ist, dass die Antwort wahrscheinlich von den Gewerkschaften aller Richtungen gemeinsam gegeben wird — und schließlich die Mittelparteien im Reichstag zu wählen haben, ob sie sich auf die Seite der Unternehmer oder die der Arbeitnehmer stellen wollen. Im übrigen aber ist die merkwürdige Bitte des Unternehmertums, das „Unheil“ des Achtstundentages zu verhindern, eine förmliche Insultation zu der angeblich von ihm erprobten „Verständigung“ mit der deutschen Arbeiterschaft auf politischem Gebiete.

Silberberg, wir kennen dich!

Reichstagsbeginn

H. F. Am 3. November tritt der Reichstag nach viermonatiger Pause wieder zusammen. Eine Anzahl Ausschüsse arbeiten bereits seit Mitte Oktober, um dem Plenum Vorlagen zur Verabschiedung zu unterbreiten. Die Erwerbslosfrage, die seit langer Zeit die Parlamente ununterbrochen beschäftigt, steht von sozialen Dingen im Vordergrund des Interesses. Die sozialdemokratische Fraktion unternimmt einen neuen, energischen Vorstoß. Die Presse hat über die Vorgänge im Ausschuss berichtet. Regierung und bürgerliche Parteien werden vor peinliche Alternativen gestellt. Wie bisher immer, muß ihnen jedes kleinste Zugeständnis förmlich abgerungen werden.

In Arbeit ist ferner ein Arbeitsgerichtsgesetz, über dessen Gestaltung im zuständigen Ausschuss starke Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeiter- und Unternehmerinteressen in Erscheinung treten. Die Vorlage ist schon lange eingebracht, ihre Erledigung in der kommenden Session dürfte gewiß sein. — Von weiteren sozialen Angelegenheiten ist das Arbeitsschutzgesetz von größter Bedeutung! Eine Vorlage darüber ist angekündigt, sie wird ungefümt in Behandlung zu nehmen sein. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit steht noch immer aus, sie ist nunmehr äußerst dringlich. In Gewerkschaftskreisen will man nicht mehr länger warten. Es wird ein sofortiges Notgesetz gefordert. Die Initiative liegt natürlich auch in diesem Falle bei der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien haben es damit weniger eilig.

Von den rein politischen Aufgaben wird das Gesetz über Artikel 48 das größte Interesse beanspruchen! Seit Jahr und Tag wird es vergeblich gefordert. Nun wird endlich eine Vorlage angekündigt. Nach dem Vorschlag mit dem „illegal“ veröffentlichten Referenten-Entwurf kann man auf den Inhalt gespannt sein. Dieses Gesetz ist das wichtigste, das nicht der Verfassung für die deutsche Republik geschaffen werden soll. Der „bergeitige“ Republikaner Riß und der „Demokrat“ Gehler wollen offenbar durch Etablierung einer Militärdiktatur der Reichsverfassung eine höchst republikwidrige und undemokratische Auslegung geben. Das vorgeschlagene in einem demokratisch geleiteten Ministerium überhaupt möglich sind, das ein beliebiges Geheimrat es wagen darf, derartige auch nur als „Grundlage“ ernsthaft vorzuschlagen — das ist bezeichnend für den Geist, der dort herrscht! — Wir in Sachen können davon erzählen, wie sich die Militärdiktatur unter dem Belagerungsstand auswirkt. Diese Vorgänge müßten jedem ersten Republikaner im Reiche eine Warnung sein, die Wiederholung solcher Zustände möglichst zu machen. Zweck des Gesetzes zu Artikel 48 ist es vielmehr, ihnen energisch vorzubeugen!

Eine Sache für sich ist, ob es nicht an der Zeit wäre, die Zustände in der Reichswehr einmal einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. Daß diese Truppe im ersten Jahre der Republik von einer konterbaiten Wochenchrift ganz dreifach als ein Garant gegen die Republik bezeichnet werden kann, sagt alles! Mit der Wehrmacht des Gehaltes Geklers ist nicht viel getan. Daran hat sich der Herr bereits gewöhnt. Respekt vor dieser Geste hat er nicht. Hier ist eine große, weithin sichtbare Aktion nötig! Die Vorgänge in den Gemeindefreiwirtschaften drängen auch darauf zu. Es gilt, die von den militärischen Machthabern, besonders auch von Geadt, bisher ganz demonstrativ gepflegte „Tradition“ gründlich auszuräumen.

Auch die Vorlage über ein neues Wahlgesetz ist angekündigt. In einer Uebersicht des jetzigen Zustandes wurde schon wiederholt Anlauf genommen. Die Vorlage von vor drei Jahren verfiel durch Auflösung des Reichstags. Das Hauptstreben bei dieser Reform geht besonders auf eine Verkleinerung der Wahlbezirke. Die dafür vorgebrachten Gründe kirchlich-politischen Art sind allerdings nicht sehr überzeugend. Die von rechts werden sicher die Gelegenheit benutzen wollen, allerhand reaktionäre Absichten durchzusetzen. Es heißt deshalb aufpassen!

Einen sehr breiten Raum wird die Erörterung und Erledigung einiger wichtiger Kulturfragen beanspruchen. Das vielumstrittene Gesetz gegen Schmutz und Schund, das den Bildungsausschuß viele Monate lang beschäftigte, liegt spruchreif für das Plenum vor. Der Ausschuß hat einen ausführlichen Druckbericht erstattet. Inzwischen ist alles, was in Deutschland in Literatur, Kunst und Wissenschaft etwas zu bedeuten hat, mit Protesten gegen dieses kulturverderbliche Gesetz auf dem Plane erschienen. Das ist sehr gut! Die Herrschaften hätten sich aber viel früher auf eine solche Aktion besinnen sollen. Sie hätten dann den Sozialdemokraten im Ausschuss im Kampfe gegen das Gesetz eine wertvolle Hilfe sein können. Das hätte mehr Erfolg versprochen, wie nun, wo man sozusagen vor fertigen Tatsachen steht. Denn daß sich die bürgerliche Mehrheit leicht noch im Plenum umstimmen läßt, ist wenig wahrscheinlich. Wir werden natürlich nicht locker lassen. Im Reichstag wird es noch heftigen, letzten Kampf für und gegen dieses Gesetz geben. — Um eine ganz ähnliche Sache handelt es sich bei dem Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten. Es gleicht dem andern in Wesen, Tendenz und den einzelnen Bestimmungen aufs Haar. Die Vorlage ist im 25. Ausschuss bis zur Berichterstattung gegeben. Die Sozialdemokraten haben auch dieses Gesetz „bekämpft“ bis zur Sabotage, wie sich ein Volksparteiler in einem Zeitungsartikel ausdrückte. Mit vollem Recht und in Erfüllung ihrer Kulturpflicht!

Wahlergebnis und Regierungsbildung

Die sächsische Parteipresse

Wir lassen hier Aeußerungen unserer sächsischen Bruderblätter über den Ausfall der Wahlen folgen. Die Ausführungen beschäftigen sich zum Teil auch mit der Regierungsfrage. Das sächsische Regierungsproblem erscheint uns so verwickelt, daß es im Augenblick noch nicht Zeit für eine Festlegung nach irgendeiner Richtung hin ist. Nur so viel möchten wir schon heute sagen, daß es nicht unter allen Umständen ein Unglück zu sein braucht, wenn einmal die bürgerlichen Parteien allein die Last der Regierung tragen müssen, so wenig wir auch verkennen, welche Bedeutung Nachpositionen in der Regierung für das Proletariat haben können, wenn dort die Interessen des Proletariats dem geeigneten Persönlichkeiten mit der gebotenen Energie vertreten werden.

Unser Weichner Parteiorgan, die Weichner Volkszeitung, schreibt unter anderem:

Wenn auch im bürgerlichen Lager die Stimmenzersplitterung erheblich war, so waren leider auch auf proletarischer Seite drei Stützen zu verzeichnen. Wenn es trotz dieser vielen Parteien und schwächerer Wahlbeteiligung doch noch möglich gewesen ist, 49 Vertreter proletarischer Parteien in den Landtag zu entsenden und nur 47 bürgerliche, so steht als Gesamtergebnis fest, daß das Ziel der Bürgerlichen, eine bürgerliche Herrschaft in Sachsen aufzurichten, weder stimmen- noch mandatsmäßig erreicht ist. Dieser Ausdruck der Stimmung der sächsischen Wähler muß als wichtiger politischer Faktor gewertet werden.

Sachen, das alte rote Sachsen, will nicht bürgerlich regiert sein. Dann äußert sich das Blatt über die Frage der Regierungsbildung folgendermaßen:

Die Frage lautet nun auf: Wird es möglich sein, die zahlenmäßig vorhandene proletarische Mehrheit im Landtage auch in der neuen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Rabe liegt der Gedanke, daß Sozialdemokraten und Mittelständler eine sozialistische Minderheitsregierung bilden könnten, die allerdings auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen wäre. Die Kommunisten haben in ihrem Wahlauftritt, wenn auch verhalten, wenn auch unter Vorbehalten, die Unterstützung einer sozialistischen Minderheitsregierung ausgedrückt. Bei diesem Wort müßte man sie also zunächst halten. Sie müßten, wenn sie den Interessen des Proletariats wirklich ehrlich dienen wollten, eine solche sozialistische Minderheitsregierung nicht nur mit Verweigerung, nicht nur von Fall zu Fall, sondern definitiv unterstützen. Wenn man dann noch damit rechnen dürfte, daß die fünf Demokraten und der eine Abgeordnete des Zentrum eine solche sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht von vornherein bekämpfen, sondern wohlwollende Neutralität schon auf Grund ihres republikanischen Bekenntnisses einer solchen Regierung gegenüber einnehmen, dann wäre in Sachsen die Möglichkeit zu einer ruhigen republikanisch-demokratischen Aufbauarbeit vorhanden.

Die Hoffnungen, die hier unser Weichner Parteiblatt auf die sächsischen Demokraten setzt, erscheinen uns wenig berechtigt. Die bisherigen Erfolge machen es wahrscheinlich, daß die Demokraten im sächsischen Landtag viel lieber eine Bürgerblockregierung unterstützen würden als eine sozialistische Regierung. Das Blatt führt dann weiter noch aus, es wäre eine große Unklugheit, wenn man etwa die Kommunisten von vornherein ausschalten würde.

Unser Vöbauer Parteiorgan, die Volkszeitung für die Oberlausitz, macht folgende Ausführungen: Das Ergebnis —! Wie schon oben gesagt, eine scheinbare Katastrophe für die regierende Koalition.

So mußte es kommen! Gerade auch der sozialdemokratische Wähler, der sich sonst vor der Notwendigkeit, einen Teil der Macht zu nehmen, wenn man nicht die ganze bekommen kann, ohne langes Besinnen heugt und nicht von übertheoretischen Beweisen, strengen in solchen Augenblicken der Entscheidung gelangt ist, mußte ja dieser Koalition mit ihrer vollkommenen personellen Ungleichheit und mit ihrem parlamentarischen und parteimässigen Schwandkredit erst recht völlig ablehnend gegenüberstehen.

Die SPD. —! Mit geschwelltem Segel hatte sie sich eingeschiffert, mit gehobenen Mast lehrte sie heim. Vier Abgeordnete, anwenig zum Leben und zuviel zum Sterben! Köstlich sinn- und zwecklos werden diese vier Herren im Landtag ihre Blöße zieren. Und dafür hat man die eigenen Parteigenossen, mit denen man jahrelang für eine große Idee zusammengearbeitet hat, geschädigt, hat den Kommunisten, wenn auch sächlich ungewollt, das Kraut fest gemacht. Hier zeigt sich aber auch die ganze Kurzsichtigkeit des sächsischen Bourgeois, der sich über die „Republik“ und die „aufrechte Haltung“ der Dreimundzwanziger so herzlich freut, weil er dachte, daß das nur seinem Klasseninteresse zu Nutzen gereichen würde. Genau das Gegenteil ist eingetreten: 80.000 sächlich früher sozialdemokratische Wähler sind zu den Kommunisten getrieben worden.

„Wie wieder „Sozialisten“ war die bürgerliche Wahlparade in diesem Kampfe. Da Sozialisten eine freie Entscheidung der „nationalen“ Wahlregie war, wäre es zwecklos, auseinanderzusehen, wieviel diese kindische Parole Erfolg oder Mißerfolg gehabt hat. Es ist keine „proletarische Mehrheit“ da, es ist aber auch kein Bürgerblock da, es sei denn, man bekommt das „Unheil“ fertig, aus den seltsamsten und gegenläufigen Schwankungen einen Pudding anzurühren. Was möglich erscheint, wenn auch nur als schwache Möglichkeit, ist eine Minderheitsregierung in irgendeiner Form. Aber sie wird in keinem Falle ohne die Sozialdemokratie, als die ausschlaggebende und tonangebende Partei, möglich sein.

Der Chemnitzer Volksstimm entnehen wir folgendes:

Was nun! Es wird nicht an gutem Ratsschlag von verschiedenen Seiten fehlen. Es wird nicht an Politikern mangeln, die zahlenmäßig feststellen, daß Sachen rot geblieben ist. Sie werden die vier Stühle der Alten Sozialdemokratischen Partei“ den 45 Stühlen von Sozialdemokraten und Kommunisten hinzurechnen, um zu diesem Ergebnis zu kommen.

Es ist nicht Sache der sächsischen Sozialdemokratie, sich Illusionen hinzugeben. Die Partei der Dreimundzwanziger ist viel mehr nationalsozialistisch als sozialistisch-proletarisch. Mit ihr kann es in Sachen keine Gemeinschaft geben. Eine sozialistische Minderheitsregierung mit Unterstützung der Kommunisten, unter Einrechnung dieser vier Mandate — daran denkt hier kein Mensch.

Diese vier Mandatsträger rechnen zum Bürgertum, und es ist ihre und dessen Aufgabe, den Kaufpreis für eine Unterstützung oder Beteiligung am Bürgerblock zu bestimmen. Die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie ist durch die Erfahrungen der Vergangenheit so eindeutig bestimmt, daß jede Kombination, die über die Dreimundzwanziger hinweg eine Brücke zum Bürgertum schlagen will, eitel Phantasie ist.

Durch diese klare Scheidung wird der Wirrwarr in Sachen bis zur nächsten Wahl beseitigt werden. Die Wahl vom 31. Oktober ist der Anfang zu konsolidierten Verhältnissen im Sachsenland.

Das Blatt führt dann noch aus, daß die Wahl vom 31. Oktober die letzte Etappe auf dem Wege zu einem neuen roten Sachsen sei.

(Weitere Pressestimmen siehe 2. Seite.)